

V-51 (D-03) Der Brexit zeigt: Der Kampf für Europäische Einigkeit ist wichtiger denn je

Antragsteller*in: Terry Reintke (KV Gelsenkirchen)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir Grüne sind eine europäische Partei und die Partei des europäischen
- 2 Zusammenhalts. Umso
- 3 schmerzhafter war für uns die Entscheidung einer Mehrheit der britischen
- 4 Wähler*innen in
- 5 2016, die Europäische Union verlassen zu wollen.
- 6 Die EU hat sehr geschlossen eine gemeinsame Position formuliert und seitdem zwei
- 7 Austrittsabkommen mit den britischen Regierungen verhandelt. Dabei lag und liegt
- 8 nach wie
- 9 vor das Modell Norwegen auf dem Tisch.
- 10 Einerseits ging es in dem Austrittsvertrag darum, die Rechte der nicht-britischen EU-
- 11 Bürger*innen im Vereinigten Königreich und der britischen Bürgerinnen in der EU zu
- 12 sichern,
- 13 die offenen britischen Zahlungen für den EU Haushalt zu klären, und eine
- 14 Übergangsphase zu
- 15 finden, während derer beide Seiten sich auf eine zukünftige Partnerschaft einigen.
- 16 Andererseits war und bleibt die zentrale Aufgabe, den Frieden auf der irischen Insel
- 17 und
- 18 gleichzeitig den Binnenmarkt zu sichern. Denn jedes Abkommen, das eine harte
- 19 Grenze - also
- 20 Grenzkontrollen auf der irischen Insel - herbeigeführt hätte, würde den fragilen Frieden
- 21 in
- 22 Nordirland nach dem Karfreitagsabkommen gefährden.
- 23 Gleichzeitig war klar, dass Lösungen für die irische Frage mit großen Risiken für den
- 24 Binnenmarkt verbunden sind. Keine europäischen Gesetze und Standards für
- 25 Nordirland,
- 26 trotzdem totaler Zugang zum Binnenmarkt - dies wären beste Voraussetzungen für das
- 27 Sozial-,
- 28 Umwelt- und Steuerdumping, das Brexiteers wie Boris Johnson regelmäßig
- 29 ankündigen.
- 30 Wir haben die Verhandlungslinie der EU immer unterstützt, aber nach wie vor gilt: Eine
- 31 verantwortungsvolle britische Regierung hätte Lösungen für diese zentralen Probleme
- 32 erarbeitet, bevor sie überhaupt ein Referendum durchgeführt hätte. Stattdessen
- 33 haben Anti-
- 34 Europäer*innen und die Leave-Kampagne ein Klima aus Hass und Misstrauen erzeugt,
- 35 das die
- 36 britische Gesellschaft gespalten hat. Mit dieser Kampagne aus Lügen, Halbwahrheiten
- 37 und
- 38 Fehlinformationen wurde das Referendum gewonnen, die gesplante Gesellschaft und
- 39 das Klima

25 aus Hass und Misstrauen bleiben bis heute. Wir fordern die britische Regierung auf,
endlich
26 Brücken zu bauen, keine Lügen mehr über die EU und den Austritt zu verbreiten,
27 Hassverbrechen zu verurteilen und weiter gegen Rassismus, sei es durch
Politiker*innen, der
28 Presse oder einzelner Bürger*innen, vorzugehen.

29 Nachdem das britische Unterhaus den Zeitplan für die Ratifizierung des aktuellen
30 Austrittsvertrags abgelehnt und die Beantragung der Verlängerung bis Ende Januar
2020 gegen
31 Johnson durchgesetzt hatte, hat der Rat nun ein drittes Mal beschlossen, das
Austrittsdatum
32 zu verschieben. Wir begrüßen diese Entscheidung, da sie den Willen des Parlaments
33 widerspiegelt. Durch die jetzt vorgesehenen Neuwahlen am 12. Dezember kann
wieder Bewegung
34 in die vertrackte Situation kommen.

35 Mit dem zweiten Austrittsvertrag ist die EU Boris Johnson weit entgegengekommen
und große
36 Risiken eingegangen.

37 Das nun verhandelte Austrittsabkommen sieht nämlich keinen Backstop mehr vor -
also eine
38 Absicherungspolicy, falls für die Frage der zukünftigen Zoll- und
Binnenmarktbestimmungen,
39 die eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindern sollen, keine Lösung gefunden
würde.

40 Stattdessen wurde für Nordirland nun eine permanente Lösung gefunden, die vorsieht,
dass
41 Nordirland rechtlich Teil des UK Zollgebietes ist, de facto aber Teil der EU Zollunion ist.
42 Diese Aufteilung in de jure und de facto Regelungen ist ein großes Zugeständnis der
EU an
43 Großbritannien und birgt große Risiken für die Zollunion und den Binnenmarkt.

44 Dies gilt mit Blick auf die Zollunion in zweifacher Hinsicht. Erstens besteht beim Import
45 die Gefahr einer Unterwanderung von EU Zöllen. Die Unterscheidung in Güter für
Nordirland
46 und für den Rest der EU kann zu großer Bürokratie führen oder zu Lasten der EU
umgesetzt
47 werden. Dies muss verhindert werden und bei den Kontrollen sichergestellt werden,
dass
48 regelmäßige, unangekündigte EU Kontrollen stattfinden können. Dafür müssen alle
49 Überwachungsinstrumente - zum Beispiel bei der Kontrolle der Zollbestimmungen -
genutzt
50 werden und bei Fehlverhalten eindeutige Konsequenzen gezogen werden. Zweitens
wurde der
51 Export nicht eindeutig geklärt. Es besteht deswegen die Gefahr, dass für den Export
von
52 Waren die Verlagerung des Firmensitzes nach Nordirland lukrativ sein kann, um zum
Beispiel
53 US-amerikanische Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu umgehen. Hier muss eine
Regelung

54 gefunden werden, die Nordirland für den Export rechtlich und de facto als Teil der EU-
55 Zollunion sieht.

56 Mit Blick auf das so genannte Level Playing Field, also ein fairer Wettbewerb, der
Umwelt-
57 und Sozialstandards respektiert und nicht in eine Dumping-Spirale mündet, findet sich
eine
58 Verpflichtung nur in der rechtlich nicht bindenden politischen Erklärung.

59 Falls dieser Vertrag jemals im britischen Unterhaus ratifiziert wird, müssen sowohl die
60 Kommission als auch die Bundesregierung erstens bei dessen Umsetzung darauf
hinwirken, dass
61 Nordirland nicht zu einer Sonderwirtschaftszone und zusammen mit Großbritannien
nicht
62 Steueroase wird, in der europäische Zoll- und teilweise Binnenmarktregeln umgangen
und
63 unterminiert werden können. Zweitens müssen dann für die Verhandlungen über die
zukünftigen
64 Beziehungen mit Großbritannien als erstes die Sozial- und Arbeitnehmerrechte wieder
auf die
65 Tagesordnung. Beim Level Playing Field, also dem fairen Wettbewerb, darf es keine
Abstriche
66 geben. Umwelt- und Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz
für EU
67 Bürger*innen müssen dynamisch angepasst werden.

68 Die größten negativen Konsequenzen sowohl für das Vereinigte Königreich, den
Frieden in
69 Nordirland als auch die EU hätte ein No-Deal-Brexit.

70 Falls - wie Mays Deal - auch dieser Austrittsvertrag nie ratifiziert wird, muss klar sein:
71 Weitere Zugeständnisse in Richtung Schwächung des Binnenmarktes darf die EU in
weiteren
72 Verhandlungen nicht machen.

73 Wir glauben weiter: Wer in dieser schwierigen Situation eine Lösung für den Brexit
finden
74 will, sollte die Frage an die britische Bevölkerung zurückgeben. Wir akzeptieren kein
75 weiteres populistisches Gegeneinanderausspielen von Bevölkerung gegen Parlament,
wie Johnson
76 es in den letzten Wochen massiv betrieben hat. Die liberale Demokratie müssen wir
gemeinsam
77 verteidigen.

78 Nach dem Referendum ist im Vereinigten Königreich die größte pro-europäische
79 Bürger*innenbewegung des ganzen Kontinents entstanden. Viele Millionen Menschen
sind auf die
80 Straße gegangen, um für Bürger*innenrechte zu demonstrieren und darum, bei der
Brexit-
81 Entscheidung das letzte Wort in einem Referendum zu haben.

82 Wir stehen fest an der Seite dieser Bürger*innenbewegung. Wir werden auch weiter
diejenigen
83 unterstützen, die für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen

Union
84 kämpfen.

85 Sollte es doch zu einem Brexit kommen, dann werden wir vom ersten Tag danach
diejenigen
86 unterstützen, die sich im Vereinigten Königreich für einen Wiedereintritt in die EU
87 engagieren. Wir werden die britischen Bürger*innen nicht aufgeben und weiter für sie
und
88 ihre Rechte auch nach dem Brexit kämpfen.

Begründung der Dringlichkeit

Der Vorschlag eines neuen Austrittsabkommens, der weitere Fahrplan des Rats und der britischen Regierung sind erst deutlich nach der Antragsfrist beschlossen worden. Diese Entwicklung mussten wir für diesen Antrag abwarten um diesen Antrag einzureichen.

weitere Antragsteller*innen

Franziska Brantner (KV Heidelberg); Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Hannah Marie Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Daniel Freund (KV Aachen); Michael Bloss (KV Stuttgart); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Henrike Hahn (KV München); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Felix Lütke (KV Duisburg); Miriam Matz (KV Saalekreis); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Florian Siekmann (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Sascha Völkening (KV Göttingen); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.